

ANZEIGE

Das große Benefiz-Adventskonzert – heute live ab 20 Uhr

**nordwest radio**

### Kabinettschließt Syrien-Einsatz

**Berlin.** Die Bundesregierung hat am Dienstag den Einsatz gegen die Terrormiliz IS beschlossen. Nun wird am Freitag im Bundestag mit einer großen Mehrheit der Koalition von Union und SPD gerechnet. Bei einer internen Probeabstimmung in der Unionsfraktion votierte am Dienstag lediglich ein Abgeordneter dagegen, zwei enthielten sich. In der SPD-Fraktion waren 13 Abgeordnete gegen die Pläne, zwei enthielten sich. Das Engagement der Bundeswehr ist eine Antwort auf die Terroranschläge von Paris vor gut zwei Wochen. Bei dem Einsatz geht es um Unterstützung von Luftangriffen gegen die Terrormiliz vor allem in Syrien und im Irak. Einsatzgebiete der Bundeswehr sind aber auch das östliche Mittelmeer, das Rote Meer, der Persische Golf sowie „angrenzende Seegebiete“. Der Einsatz wird zunächst auf ein Jahr befristet. Über eine Verlängerung muss wieder der Bundestag abstimmen. **Berichte Seite 4**



### Schlechte Aussichten

Der schlimmste Smog dieses Jahres schnürt den mehr als 20 Millionen Bürgern von Peking die Luft ab. Trotz der extremen Luftverschmutzung wurde die höchste Alarmstufe „Rot“ mit Fahrbeschränkungen aber weiterhin nicht ausgerufen. FOTO: REUTERS **Bericht Seite 8**

ANZEIGE

Langer Samstag!  
Am 5. 12. 2015  
bis 22.00 Uhr

**10% AKTION**  
vom 3. 12. bis  
5. 12. 2015

CALIDA Store  
Hanseatenhof 10  
28195 Bremen

**CALIDA**

### Zeuge und Angeklagter



**Ralf Michel**  
über den Ausschuss zum Anti-Terror-Einsatz

Der Untersuchungsausschuss zum Anti-Terror-Einsatz hat mit der Zeugenbefragung begonnen. Leider genauso wie befürchtet: Wann immer es interessant hätte werden können, erfolgte prompt der Hinweis auf die Pflicht zur Geheimhaltung. Wenn eine Bundesbehörde darauf pocht, ihre V-Männer zu schützen, haben Parlamente schlechte Karten. Dem Ausschuss wird damit der Boden unter den Füßen weggezogen. Antworten auf die Kernfragen, um die es geht, wird es am Ende nicht geben. Nur unterschiedliche Bewertungen durch die Parteien. Die aber sind schon heute bekannt.

So bleibt am Ende von Tag eins des Ausschusses wenig mehr als das öffentliche Statement von Innenminister Ulrich Mäurer (SPD). Interessant genug, weil geschickt aufgebaut. Erst die Beschuldigung der allgemeinen Terrorgefahr für ganz Europa, dann der Brückenschlag in die Salafistenhochburg Bremen, schließlich das ausdrückliche Bekenntnis zu seinen Entscheidungen. Und immer wieder die Betonung der engen Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz. Mäurer weiß, dass er nicht nur als Zeuge gehört wird, sondern gleichsam auf der Anklagebank sitzt. Der Innenminister distanziert sich nicht von den anderen Behörden, aber er arbeitet sehr genau deren Anteile an den Entscheidungen und Abläufen heraus. Und verschiebt so den Fokus bei der Beurteilung des Einsatzes auf Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Sein gutes Recht, aber auch die anderen werden noch im Untersuchungsausschuss gehört. **Bericht Seite 9**  
ralf.michel@weser-kurier.de

## Viele Arbeitslose, wenige Sanktionen

Bremen kürzt seltener Hartz-IV-Gelder als andere Länder / Linke fordern Abschaffung der Strafmaßnahme

VON ALEXANDRA KNIEF

**Bremen.** Fast nirgendwo in Deutschland ist der Anteil von Hartz-IV-Empfängern an der Bevölkerung so groß wie in Bremen. Zugleich werden die Leistungen dort so selten gekürzt wie sonst nur im Saarland und in Hessen. Schont Bremen also die Empfänger auf Kosten der Staatskasse? Die zuständige Behörde schließt das aus, hat aber auch keine Erklärung. Einen Spielraum gebe es nämlich nicht, sagt der Sprecher des Bremer Jobcenters, Christian Ludwig: „Auch wir müssen nach dem Sozialgesetzbuch handeln.“

Warum die Quote in Bremen geringer ist als in den meisten Bundesländern, ist laut Ludwig nicht so einfach zu erklären, spreche aber im Zweifel für die Bremer Empfänger. „Mehr Sanktionsgründe liegen uns einfach nicht vor“, sagt er. „Das kann natürlich bedeuten, dass die Zusammenarbeit mit den Empfängern besser läuft als in anderen Bundesländern und die Quote ein Ergebnis von Verlässlichkeit ist.“

Die Wirtschaft hält sich mit Kritik zurück. „Ich weiß, dass das Jobcenter verantwortungsvoll mit Sanktionen umgeht“, betont

auch Cornelius Neumann-Redlin, Geschäftsführer des Allgemeinen Arbeitgeberverbands von Bremen. Allgemein sei auch die Zusammenarbeit zwischen Interessengruppen wie dem Arbeitgeberverband und dem Jobcenter sehr gut. Was in nächster Zeit noch mehr im Mittelpunkt stehen muss, ist laut Neumann-Redlin das Zusammenbringen von Unternehmen und Langzeitarbeitslosen, damit die Arbeitslosenzahlen auch langfristig weiter sinken. Zwar gebe es schon jetzt Bemühungen von allen Seiten, die Vermittlung zu verbessern, man könne aber sagen, „dass die Potenziale, die auch in Langzeitarbeitslosen stecken, noch nicht bei allen Unternehmen in den Fokus geraten sind“, sagt Neumann-Redlin.

In Bremen haben zurzeit 70245 erwerbsfähige Menschen einen Anspruch auf Unterstützung. Etwas mehr als 13000 Sanktionen wurden in Bremen innerhalb der letzten zwölf Monate verhängt. Das bedeutet aber nicht, dass genauso viele Empfänger betroffen sind: Verstößt eine Person mehrmals gegen die Anforderungen, werden auch mehrere Sanktionen verhängt. Im Bundesdurchschnitt mussten im Juli

2015 (Stand der jüngsten Zahlen) rund drei Prozent aller Leistungsempfänger mindestens eine Sanktion in Kauf nehmen. Bremen wies mit 2,5 Prozent neben Hessen und dem Saarland die geringste Sanktionsquote auf. Niedersachsen lag genau im Schnitt. Den höchsten Anteil verzeichnete Berlin mit 4,2 Prozent.

So hoch wie in fast keinem anderen Bundesland ist in Bremen die Zahl der Hartz-IV-Empfänger. Die Quote liegt bei 18,7 Prozent, nur in Berlin ist sie höher. Weitaus geringer fällt sie etwa in Hamburg mit 12,9 Prozent aus. In Niedersachsen beträgt sie lediglich 9,4 Prozent, was beinahe dem bundesweiten Durchschnitt entspricht.

Die Linkspartei startet nun eine Kampagne gegen die Langzeitarbeitslosigkeit – und vor allem gegen den Sanktionskatalog für Hartz-IV-Empfänger. Motto: „Hunderttausende frieren unterm Weihnachtsbaum.“ So müsse der Hartz-IV-Regelsatz von derzeit 399 Euro auf 500 Euro erhöht werden, fordert Parteichef Bernd Riexinger. Bundesweit wollen die Linken in den kommenden Wochen vor den Jobcentern mit Betroffenen sprechen und deren Probleme zur Sprache bringen. Anstelle des

Hartz-IV-Systems fordern sie mittelfristig eine – sanktionsfreie – Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro.

Auch die Linken in Bremen wollen sich an der Kampagne beteiligen – trotz der vergleichsweise niedrigen Sanktionsquote im Land. „Es darf nicht in den Hintergrund rücken, was für eine riesige gesellschaftliche Problematik Hartz IV ausgelöst hat“, betont Doris Achelwilm, Landessprecherin der Bremer Linken. „Trotz Arbeit sind Leute arm. Teilweise haben sie zwei Jobs, die noch nicht reichen, um über die Runden zu kommen.“

In Bremen ist die Arbeitslosigkeit im November um 0,2 Prozentpunkte zurückgegangen, sie liegt nun bei 10,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Quote allerdings erneut gestiegen, wenn auch leicht um 0,1 Prozent. Das geht aus den am Dienstag vorgelegten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hervor. Insgesamt ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf ein Rekordtief gesunken: 2,63 Millionen Menschen (unverändert 6,0 Prozent) waren ohne Job. Das ist der niedrigste November-Wert seit der Wiedervereinigung. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 11**

### Neues Sperrwerk für die Geeste

**Bremerhaven.** Jahrelang wurde diskutiert, nun steht fest: Bremerhaven bekommt ein neues Sperrwerk an der Mündung der Geeste in die Weser. Es soll die Stadt, aber auch das niedersächsische Umland vor höheren Sturmfluten schützen, die durch den Klimawandel wahrscheinlich werden. Vertreter des Landes Bremen und Niedersachsens unterzeichneten am Dienstag eine entsprechende Vereinbarung. Der Neubau kostet knapp 31 Millionen Euro, die je zur Hälfte von beiden Ländern getragen werden. „Das Sperrwerk schützt nicht nur die Stadt Bremerhaven, sondern auch die niedersächsischen Gebiete rund um Geestemünde vor extremen Sturmflutereignissen“, begründete Kay Nitsche vom Niedersächsischen Umweltministerium die Kostenaufteilung.

Das alte Sperrwerk unter der Kennedybrücke erfüllt demnach nicht mehr die Anforderungen für einen zuverlässigen Küstenschutz. Wegen des Klimawandels sei künftig mit höher auflaufenden und heftigeren Sturmfluten als bisher zu rechnen. Das alte Bauwerk könne wegen der darüber verlaufenden Brücke nicht nachgerüstet werden. Der Neubau soll einem Hochwasser von 6,70 Meter über Normalnull standhalten; eine weitere Erhöhung um 75 Zentimeter ist möglich. Weil der neue Bau dem alten Sperrwerk vorgelagert ist, muss auch die Deichlinie verlegt werden. Alle Maßnahmen sollen bis Mitte des nächsten Jahrzehnts fertiggestellt sein. **Bericht Seite 13**

#### THEMA

### Was Wolfgang Schäuble ausmacht

3

Er ist der derzeit beliebteste Politiker Deutschlands. Wird der 73-Jährige künftig die Rolle Helmut Schmidts als altersweiser Welterklärer übernehmen – oder aber die Nachfolge Angela Merkmals anstreben?

#### DER NORDEN

### Eine Klatsche vor Gericht

2 und 15

Im Frühjahr dürfen in Achim die Nachbarn einer Krähenkolonie die geschützten Vögel verscheuchen. Sieben Jahre dauerte die Auseinandersetzung, am Dienstag entschied das Oberverwaltungsgericht Lüneburg.

#### WIRTSCHAFT

### Lebkuchen aus der Überseestadt

17

Edle Lebkuchen kommen aus Nürnberg – und aus Bremen. In einer gläsernen Manufaktur in der Überseestadt stellt eine Firma das Gewürzgebäck her, die sonst für ihr „Eis wie Sahne“ bekannt ist.

#### SPORT

### Querfeldein auf zwei Rädern

27

War die Streckenführung beim 1. Cross-Cup in Bremen-Walle zu gefährlich? Die Meinungen darüber gehen auseinander. Während Querfeldeinfahrer Vladi Riha von „extremen Bedingungen“ spricht, sagt Hans Richter von der veranstaltenden RRG Bremen: „Es gab eigentlich nur positive Aussagen zur Strecke.“ Anspruchsvoll war die Geländestrecke allemal – und Sieger aus Bremen gab es auch.



#### RUBRIKEN

Familienanzeigen	21	Rätsel & Roman	29
Fernsehen	32	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	5	Veranstaltungsanzeigen	6, 14

### Lehrer fordern 200 weitere Stellen

**Bremen (ssu).** 200 zusätzliche Lehrer in den Schulen haben Bürgermeister Carsten Sieling und Bildungsministerin Claudia Bogedan (beide SPD) angekündigt. Noch ist bei einem Teil dieser Stellen nicht geklärt, wie sie finanziert werden sollen: 80 davon sollen im System erwirtschaftet werden, ohne dass es dafür bislang zusätzliche Gelder gibt. Wie das gehen soll, ist noch unklar. Unterdessen fordert die Personalvertretung der Beschäftigten an Bremer Schulen, nun darüber hinaus weitere 200 neue Lehrerstellen, also insgesamt 400 neue Lehrer. Diese würden angesichts der steigenden Schülerzahl durch Flüchtlingskinder gebraucht, sagt Arno Armgort vom Personalrat Schulen – um sie zu integrieren, werde deutlich mehr Personal benötigt.

Die Personalvertretung empfiehlt Lehrkräften dafür nun, zu einem drastischen Mittel zu greifen: In Situationen, für die sie keine Verantwortung übernehmen könnten, sollten Lehrer eine sogenannte Gefährdungsanzeige stellen, die an die Schulaufsicht geht. Solche Anzeigen sollten Lehrerinnen und Lehrer dann stellen, wenn sie zum Beispiel zwei Klassen in zwei Räumen gleichzeitig beaufsichtigen sollten, empfiehlt Armgort. Oder wenn sie monatlang unbezahlt eine zusätzliche Unterrichtsstunde erteilen sollten. Solche Aufträge würden an Bremens Schulen in Zeiten des Personalmangels immer häufiger an Lehrkräfte herangetragen, um Unterrichtsausfall zu vermeiden. **Bericht Seite 10**

#### KOPF DES TAGES

### Ulrike Hauffe



Seit 25 Jahren gibt es in Bremen ein Landesgleichstellungsgesetz, und seit inzwischen 21 Jahren achtet sie darauf, dass dieses Gesetz auch umgesetzt wird: Ulrike Hauffe. Gegen Frauenarmut hat sie gekämpft und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – immer „kooperativ und unbequem“, wie sie selbst über sich sagt. An diesem Mittwoch nun wird sie gemeinsam mit Fachleuten und Frauenbeauftragten anderer Bundesländer Bilanz ziehen, was das Landesgleichstellungsgesetz in Bremen gebracht hat – und ob Bremen ein solches Gesetz überhaupt noch braucht.

#### WETTER

Tagsüber    Nachts    Niederschlag

11°    6°    60%

Hier und da Sprühen  
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

